



DIG MAGAZIN

2023 | 5784

Sonderausgabe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft
zum 7. Oktober 2023



Impressum

Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Volker Beck (V.i.S.d.P.)
Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon 030/80 90 70 28
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Chefredaktion

Claudia Korenke

Redaktionsteam

Sarah Laubenstein
Aras-Nathan Keul
Anna Staroselski
Anath Pollak

Titelbild

DIG-Präsident Volker Beck
spricht zu Tausenden anlässlich
der Berliner Kundgebung

Konzept/Gestaltung/Satz

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin
Telefon 030/401 89 39
info@schwarzer-druck.de

Druck & Verarbeitung

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin

Erscheinungsweise

Einmalige Sonderausgabe.
Der Bezugspreis des DIG Magazins
ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Für namentlich gekennzeichnete Artikel
sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC BELADEVB33XXX

Herausgegeben mit
freundlicher Unterstützung des
Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt



Die inhaltliche Gestaltung dieses Heftes wurde am 27. Oktober abgeschlossen – daher konnten darauffolgende Ereignisse nicht berücksichtigt werden.

Die Berichte stellen bei Weitem nicht alle Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaften dar. Dem Redaktionsschluss geschuldet, spiegeln wir nur einen Ausschnitt des Engagements vor Ort. Aber wir kennen keine Stadt und keine AG, die sich nicht solidarisch mit Israel gezeigt hat. Belegt wird dies auch – wenn unsere Mitglieder keine Zeit zum Schreiben hatten – durch eine Flut von Veröffentlichungen in Print- und sonstigen Medien.

Die Redaktion

Sehr geehrte Damen und Herren, Chaverim,

am **7. Oktober** begann die **Terrororganisation der Hamas** mit einem Raketenbeschuss auf Israels Städte und Dörfer. Die daraufhin ins israelische Staatsgebiet eingedrungene Hamas-Terroristen ermordeten 1400 Israelis auf grausamste Weise, sie verschleppten 239 Geiseln nach Gaza und über 4000 Israelis wurden verletzt. Seit der Shoah hat es keinen Tag gegeben, an dem so viele Jüdinnen und Juden ermordet wurden. Wir sind **erschrocken** über dieses grausame Massaker. Wir **trauern** um die Toten, wir **bangen** um die Geiseln und wir stehen hier, weil wir Israel und seinen Menschen **unsere Solidarität zeigen** wollen.

Wir stehen an der Seite der Menschen in Israel und aller weiteren Opfer der Hamas. Und wir sagen klipp und klar: Israels hat das Recht auf Selbstverteidigung! Israel hat die Pflicht, seine Bevölkerung vor solchen Massakern in Zukunft zu schützen und der Hamas die Möglichkeiten dafür ein für alle Mal aus der Hand zu schlagen. Das Völkerrecht gibt Israel das Recht zur Selbstverteidigung seiner Existenz. Es ist dafür Grundlage und Rahmen. Und eines ist auch für jeden erkennbar, der sehen will: Israel tut alles, um die zivilen Opfer bei seinen Militäraktionen zu minimieren. Auch und gerade jetzt.

Die Hamas greift das Leben von Zivilisten gezielt an. Sie missbraucht die Bevölkerung des Gaza als menschliche Schutzschilde. Deshalb braucht es keine schlaumeierischen Hinweise aus Berlin nach Jerusalem. **Es braucht unsere Solidarität!** Die Solidarität mit Israel zeigen wir heute in einer nie dagewesenen Breite von Zivilgesellschaft und Staat: Alle demokratischen Parteien, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Industrie und Umweltbewegung. Bei allem, was uns sonst trennt: Heute verbindet uns die Solidarität mit Israel und der Schutz der Menschenwürde gegen jede Form des Antisemitismus. Die Inhumanität der Hamas-Terroristen zeigt sich auch in der massenhaften Geiselnahme: Später werden zu uns Angehörige der Geiseln sprechen. Wir können nicht ermessen, was die Familien und die Freunde der Geiseln gerade durchmachen. Wir bangen mit ihnen und wir appellieren an die internationale Politik: **Bring them home!**

Obwohl die Jüdinnen und Juden in Deutschland nichts mit dem Nahost-Konflikt zu tun haben, hat die Zahl antisemitischer Vorfälle in den letzten Tagen dramatisch zugenommen. Angriffe auf Synagogen, Markierung von Wohnhäusern mit Magen David, Ausschreitungen auf den Straßen – und das Internet ist voll von Hass gegen Israel und gegen Jüdinnen und Juden. Das hat nichts mit Pro-Palästinensisch zu tun, das ist blanker Antisemitismus. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Wir stellen uns an die Seite der Jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Das dürfen nicht nur warme Worte sein. Alle jüdischen Einrichtungen müssen ausreichend geschützt werden. Und setzen Sie alle vor Ort Zeichen z. B. mit Mahnwachen vor Synagogen. Lassen wir Jüdinnen und Juden nicht allein. Es ist unerträglich, dass sich der Antisemitismus so viel Raum genommen hat. Wir wenden uns aber auch gegen pauschale islamfeindliche Kritik. Es ist so wichtig, dass sich



Volker Beck

heute auch Muslime dieser Veranstaltung angeschlossen haben. Es geht um unsere gemeinsame demokratische Verantwortung. Und ich will nicht dazu schweigen, dass die islamischen Verbände mit langem Nichtssagen und dann Relativieren ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden sind.

Wenn wir dem Antisemitismus den Kampf ansagen wollen, kann dies nicht durch Konfliktvermeidung gehen. Ali Erbas, der Chef der diyanet, dessen Imame in über tausend Moscheen in Deutschland predigen hat von Israel als dem „rostigen Dolch, der im Herzen der islamischen Geographie steckt“, gesprochen. Das ist Antisemitismus. Das kann man nur verurteilen! Wir lassen uns als Gesellschaft nicht spalten! Wir wenden uns gegen Antisemitismus im Alltag. Und das ist unser aller Aufgabe am Stammtisch und am Arbeitsplatz, in der U-Bahn wie am Kaffeetisch. Israels Sicherheit ist nicht nur deutsche Staatsräson. Israels Existenz zu verteidigen ist auch Sache der deutschen Zivilgesellschaft. Heute ist erst ein Anfang!

Am Israel Chai! Das Volk Israel lebt!

Volker Beck

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Dies ist die Rede, die Präsident Beck am 22. Oktober 2023 bei der Solidaritätskundgebung am Brandenburger Tor in Berlin gehalten hat. Es ist ihr nichts hinzuzufügen (Die Red.)



Berlin, Brandenburger Tor, 15 Uhr an einem Sonntag

„Der 7. Oktober hat sich auf ewig eingebrannt in unsere Herzen“

„Die ganze Welt schaut auf dieses Verbrechen“
 „Beenden Sie die Barbarei“
 „Lassen Sie die Unschuldigen frei“

Das sind Zitate aus der Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Einer Rede, die er vor 25.000 Menschen gehalten hat, Menschen vor dem Brandenburger Tor, Menschen an den Bildschirmen. Die Rede Steinmeiers war nur einer der Höhepunkte der Kundgebung, die, initiiert von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und getragen von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, am Sonntag, 22. Oktober in Berlin stattfand und live auf phoenix übertragte wurde.

Nicht von ungefähr erinnern diese Zitate an historische Aussprüche: der 7. Oktober und der terroristische Überfall der Hamas auf israelische Zivilisten ist bereits jetzt ein Ereignis von historischer Bedeutung. So schilderte es auch Volker Beck, als Präsident der DIG in Gastgeberrolle bei der Kundgebung. Er begrüßte die Teilnehmer und ihre Vielfalt: Vertreter aller demokratischen Parteien, Arbeitgeber- und Umweltorganisationen waren anwesend und wirkten mit. Bezogen auf die Geiseln rief er der Öffentlichkeit ein leidenschaftliches „Bring them home“ entgegen.

Zwei Wochen nach dem Überfall der Hamas auf Dörfer und Städte entlang der Gazagrenze, zwei Wochen nach dem Geschehen, das in seiner unbeschreiblichen, erbarmungslosen Grausamkeit in die Geschichte eingehen wird, fand sich in Berlin zusammen, was eben doch zusammengehört: Herkunft nicht und Hautfarbe nicht, weder Alter noch Religion oder Nationalität waren von Bedeutung: Tausende standen auf und standen auf der Straße des 17. Juni; standen für Erschütterung vor

unsäglichem Verbrechen, für Abscheu vor Terror, für Solidarität mit Israel. Sie standen erschüttert, in Tränen, als Yoni Asher, Ehemann und Vater zweier Töchter, die zusammen mit ihrer Mutter von Terroristen als Geiseln verschleppt wurden, sich anklagte: „Ich habe Euch nicht schützen können.“ Und viele sangen, mit zitternder Stimme, ein Geburtstagslied für Yarden in Gefangenschaft, deren Schwester auf der Bühne diesen Gruß in die Welt und zu Yarden schicken wollte. „Happy Birthday“ brach ab, nach ein paar Worten – wie kann man singen und weinen zugleich?

Und die Sanduhr lief. Die riesige Sanduhr auf der Bühne vor dem Brandenburger Tor symbolisierte das Flehen der Angehörigen: „Time is running out.“

Die von der DIG in Berlin organisierte Kundgebung war ein einziger Ausdruck des Mit-Leidens für Israel und die Opfer und sie war eine einstimmige Verurteilung der Hamas. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte es so: „Dieser Angriff ist eine Schande! Ich empfinde Scham und ich empfinde Sorge.“ Er blieb

auf der Bühne, zwei Stunden lang, gemeinsam mit seiner Frau. Dort verharrten auch die anderen Redner und Rednerinnen – es ging darum, sichtbar zu sein in Einigkeit, sichtbar zu sein in der Zuwendung zu Israel. Leidenschaftlich und emotional auch bekannte sich Omid Nouripour, der Parteivorsitzende der Grünen, zu Israel. Er stellte sich vor: „Ich spreche zu Ihnen als deutscher Muslim.“ Richtiges sagte auch Eren Güvercin von der Alhambra Gesellschaft im Begleitprogramm der phoenix-Übertragung: die Muslime hierzulande „müssen Stellung beziehen: Es ist eine religionspolitische Zeitenwende.“

An eben diesem Sonntag wurde in Dessau eine neue Synagoge eingeweiht – die erste seit 1938, als die Alte Synagoge gebrandschatzt wurde.

Ron Prosor, Botschafter Israels in Deutschland, ein Mann mit deutscher Familiengeschichte, sprach bei der Einweihung in Dessau und der Kundgebung in Berlin. Sicherlich hat er eine Verbindung empfunden.

Claudia Korenke



Menschen bei der Kundgebung in Berlin





Bilder sprechen. Bilder schreien.



Die Fotos aus Nir Oz, aus Kfar Aza, aus Sderot werden das visuelle Gedächtnis auf immer belasten. Dem haben wir nichts entgegenzusetzen. Dennoch: auf diesen Bildern sind Menschen zu sehen, die das Leid erahnen. (red.)



DIG Baden-Baden

Trauer gemeinsam mit jüdischen Bürgern

Am 15. 10. 2023 haben die demokratischen Parteien in Baden-Baden, angeregt von der israelitischen Kultusgemeinde Baden-Baden zusammen mit der DIG AG BAD eine Kundgebung „Baden-Baden steht zu Israel“ organisiert. CDU, SPD, FDP und Grüne verurteilten jeweils in ihren Redebeiträgen den Terror der Hamas am 7. Oktober. Morde, Entführungen, Enthauptungen und Geiselnahmen seien keine Methoden

des Kampfes, auch nicht des Widerstands- oder gar Freiheitskampfes, betonte Barbara Hoffs, die Ehrenvorsitzende der DIG AG Baden-Baden. Man stehe hinter Israel, auch hinter dem um seine Existenz kämpfenden Staat Israel. Man traure auch mit den jüdischen Bürgern in Baden-Baden, die mit ihren betroffenen Familienmitgliedern in Israel um Leib und Leben ihrer Söhne, Töchter, Neffen und Nichten und Enkelkindern bangen.



Foto: Thomas Bachmüller

Ehrenvorsitzende Barbara Hoffs

DIG Bamberg

Ludwig Spaenle reiste an



Die DIG Bamberg hat am 17. Oktober zusammen mit der Liberalen Jüdischen Gemeinde Mischkan ha-Tfila eine Mahnwache für Opfer des Oktoberpogroms abgehalten. Dr. Ludwig Spaenle, der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, kam eigens aus München angereist,

um dieser Veranstaltung beiwohnen zu können. Das Konzept wurde vorab mit israelischen Freunden und in Bamberg lebenden jüdischen Freunden besprochen, die es für gut und würdig hielten. Dass es eine würdige Veranstaltung war, zeigten die vielen positiven Reaktionen der Teilnehmer. Viele Bilder und Videos wurden noch am selben Abend zu Freunden und Verwandten nach Israel geschickt.

DIG Bayreuth

Friedensgebet für das Heilige Land

In Bayreuth rief unsere DIG zu einem ökumenischen Friedensgebet für das Heilige Land auf. Dabei fanden sich mit knapp 300 Personen weitaus mehr Bürger ein, als wir erwartet hatten. Vielen war die Betroffenheit nach dem islamistischen Hamas-Terrorangriff am vergangenen Wochenende anzumerken. „Unser Gebetsaufruf spiegelt die Sorge und Betroffenheit über die Opfer in Israel wider. Er spiegelt aber auch Sorge und Betroffenheit über die Todesopfer auf palästinensischer Seite, die der Krieg unweigerlich noch fordern wird“, begrüßte der AG-Vorsitzende Robert Eichler die Teilnehmer. Es gelte still zu werden im Gebet. „Denn das Gebet kann Menschen verändern. Es kann auch

die Welt verändern“, fuhr Eichler fort. „Die überkonfessionelle und überparteiliche Veranstaltung zeigt die Trauer für die Opfer auf beiden Seiten, auch wenn man den Angriff der Hamas auf das Schärfste verurteilt“, ergänzte der evangelische Dekan Hacker, der mit den Teilnehmern betete. „Für Antisemitismus, für anti-jüdische Ressentiments, darf es in Bayreuth keinen Platz geben“ sagte CSU-Oberbürgermeister Ebersberger. „Wir alle sind aufgefordert, wo immer sich Antisemitismus in unserer Gesellschaft zeigt, klar Position zu beziehen – sei es im beruflichen Umfeld, im Verein oder auch im Freundeskreis.“ Der Vertreter der römisch-katholischen Kirche betonte, dass Frieden eine immer



Foto: bayreuth.media, Andreas Harbach

Robert Eichler, Vorsitzender

neu zu erfüllende Aufgabe sei, bevor er die Versammlung mit einem Gebet abschloss. Zu unserem Bedauern sah sich die jüdische Gemeinde nicht in der Lage, sich an dem Friedensgebet zu beteiligen.

DIG Bielefeld

Mahnwachen und Gedenken

Etwa 300 Personen versammelten sich am 9. Oktober zu einer stillen Mahnwache auf dem Rathausplatz der Stadt Bielefeld in Gedenken an die Opfer der Terrorattacken der Hamas. Mehrere Parteien, das „Bündnis gegen Rechts“, die Jüdische Kultusgemeinde und auch die DIG AG Bielefeld hatten zur Teilnahme an der Mahnwache aufgerufen. Es wurden keine Ansprachen gehalten; nach 30 Minuten stillen Gedenkens war die Veranstaltung beendet.

Am Samstag, 14. Oktober fand eine Mahnwache auf dem Rathausplatz in Paderborn statt. Organisiert wurde die Mahnwache von der Jungen Union Paderborn, zur Teilnahme aufgerufen hatten auch die Jugendverbände der Grünen, der SPD und der FDP. Mehr als 100 Personen bekundeten ihre Solidarität mit Israel. Auf Einladung der Kreisvorsitzenden der Jungen Union nahm Dr. Uwe Günther, Vorsitzender DIG AG Bielefeld als Gastredner teil. In einer

kurzen Ansprache thematisierte er die unsägliche Rolle der Hamas, die gerade nicht die Interessen der in Gaza lebenden Menschen vertritt, und die antisemitischen pro-Palästina-Demonstrationen. Kurze Ansprachen hielten auch der stellvertretende Landrat, ein Vertreter der Jungen Union Bad Wünneberg sowie die ehemalige Landtagsabgeordnete Sigrid Beer von den Grünen.

Am 20. Oktober fand in Bielefeld um 17.30 Uhr vor der Synagoge eine Mahnwache statt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Gefährdung jüdischer Menschen und jüdischer Einrichtungen sollte ein Zeichen der Solidarität gesetzt werden. Gut 100 Personen waren dem kurzfristig anberaumten Termin gefolgt. Die Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde bedankte sich für die Solidarität. Vereinbart ist, dass weitere Veranstaltungen folgen in Abhängigkeit der Entwicklungen im Nahen Osten.



Mahnwache vor der Synagoge in Bielefeld

DIG Bonn

Breites Bündnis singt die HaTikva – die Hoffnung



650 Teilnehmer in Bonn

„Wut und Tränen nach dem Massaker der Hamas“ titelte der Bonner General-Anzeiger am 16.10.2023 zur Israel-Solidaritätskundgebung der DIG AG Bonn. Wir hatten am Vortag mit einem breiten Bündnis aus Politik und Gesellschaft auf dem Bonner Marktplatz demonstriert. Uns angeschlossen hatten sich die Bundesstadt Bonn, die Synagogengemeinde, die Jüdische Hochschulgruppe Bonn Hillel sowie die evangelischen und katholischen Religionsgemeinschaften. Zahlreiche Journalisten waren vor Ort, der WDR berichtete in den Nachrichten.

Vor dem Alten Rathaus versammelten sich 650 Menschen in einem Fahnenmeer. Nach unserem Vorsitzenden sprach Oberbürgermeisterin Katja Dörner. In bewegenden Reden schilderten die Synagogengemeinde und die jüdischen

Studierenden ihren Schrecken und ihre Trauer angesichts der Toten und Verletzten und ihre Sorge um ihre Familien und Freunde. Alle Rednerinnen und Redner bekundeten ihre Solidarität mit dem Staat Israel und den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden.

Besonders berührt hat die Rede unseres Vorstandsmitglieds Esther Gardei, die den Angriff in Tel Aviv miterlebt hat. Sie berichtete über ein Land in Angst und Schrecken, aber auch vom Zusammenhalt in der israelischen Bevölkerung. Der Flughafen war Ziel einer Rakete, als sie gerade eincheckte. Glücklicherweise konnte der Iron Dome diesen Angriff verhindern.

Die Kundgebung schloss mit dem Singen der israelischen Nationalhymne HaTikva.

DIG Braunschweig

Videokonferenz mit Partnerstadt

In Braunschweig haben wir uns mit einem Aufruf an die demokratischen Parteien im Rat gewandt. Innerhalb kürzester Zeit konnten wir unsere Solidarität mit Israel und besonders mit unserer Partnerstadt Kiryat Tivon erklären. Wir konnten die DIG in einer Videokonferenz mit dem Bürgermeister Kiryat Tivons und seinen Partnerstädten vertreten. Dort bekamen wir Informationen aus erster Hand. Mit tatkräftiger Unterstützung der Stadt Braunschweig und ver.di Süd-Ost-Niedersachsen organisierten wir am 12. 10. 2023 eine Kundgebung mit dem Titel „Solidarität mit Israel und seinen Menschen“ und ca. 440 Teilnehmenden.

Die Wortbeiträge kamen vom Braunschweiger Oberbürgermeister, dem Präsidenten der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, dem ev.-luth. Propst, ver.di sowie einem Schüler, der an einem Deutsch-Israelischen Schüleraustausch teilgenommen hat. Die Beiträge teilten das Entsetzen über



Menschenmenge vor dem Rathaus in Braunschweig

die Brutalität des Terrors der Hamas und verurteilten ihn aufs Schärfste. Sie betonten die Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels und seiner Menschen. Ziel der Terroristen ist die Vernichtung Israels und des jüdischen Volkes. Als einziger demokratischer Rechtsstaat in der Region verteidigt Israel in diesem Kampf auch unsere Werte.

Unsere Solidarität und Unterstützung gilt Israel mit seinen Menschen unterschiedlichster Herkunft und Religion. Die Hamas verhindert als terroristische Organisation nicht nur den Frieden für Israel, sondern auch für die Menschen in Gaza. Eine friedliche und für alle tragbare Lösung muss das Ziel aller bleiben.

Jan Frederik Wienken

DIG Bremen

Verantwortung danach – auch für Gaza

„Gegen den Terrorangriff – Wir stehen zu Israel“: So hat die DIG in Bremen spontan für Montag, den 9. Oktober, zu einer Kundgebung aufgerufen. Bei starkem Regen versammelten sich rund 350 Menschen vor den Stufen zum Rathaus. Wir hatten allein aufgerufen, aber mit der Bitte um Redebeiträge für eine breite Unterstützung gesorgt, von allen demokratischen Parteien und der jüdischen Gemeinde. Gesprochen haben auch, klar und deutlich, die Präsidentin des Landtages und der Präsident des Senats. Großen Beifall bekam die Solidaritätserklärung einer iranischen Frau. Abschließend haben wir die dringende Aufgabe formuliert, in den Schulen Aufklärung und Gespräch mit den jungen Menschen zu organisieren.

Für den darauffolgenden Sonntag, als sich die öffentliche Diskussion schon auf die Ereignisse in Gaza verlagerte, haben wir

zum Gespräch über aktuelle Kontroversen eingeladen. Dabei ging es um das Recht Israels auf Verteidigung, um die „Verhältnismäßigkeit“ seiner Reaktionen angesichts einer Terrororganisation, die jedes Recht missachtet und der das Leben der eigenen Bevölkerung vollkommen gleichgültig ist. Es ging um die Frage, ob und wie humanitäre Hilfe auch im Krieg möglich und notwendig ist. Es wurde aber auch die Frage gestellt, wie es in Gaza nach der Zerstörung der Terrorinfrastruktur weitergehen kann? Antwort offen, kein Wunder. Aber es wurde deutlich gemacht: die Solidarität des Westens mit Israel muss sich auch darin zeigen, dass eine internationale Gemeinschaft der „Willigen“ auch danach Verantwortung für Gaza übernimmt, in welcher Form auch immer.

Dr. Hermann Kuhn
Vorsitzender



Bremen zeigt Flagge

DIG Chemnitz

Solidaritätskundgebung am Markt

Nach einem Aufruf der Jüdischen Gemeinde Chemnitz haben am 17. Oktober etwa 500 Menschen auf dem Chemnitzer Markt ihre Unterstützung für den Staat Israel bekundet – deutlich mehr als zur ersten Kundgebung eine Woche zuvor und ohne pro-palästinensische Störer.

Vor genau einem Jahr haben die Bürgermeister der israelischen Stadt Kiryat Bialik und von Chemnitz eine Städtepartnerschaft unterzeichnet. (Das DIG-Magazin berichtete.) Diesem feierlichen Akt waren zahlreiche Begegnungen unterschiedlichster Interessengruppen vorangegangen und auch gefolgt, zuletzt am 3. Oktober dieses Jahres die Ausstellungseröffnung „Aus Chemnitz. Ein Klavier.“ in den Chemnitzer Kunstsammlungen.

Am 17. Oktober hingegen konnte nur eine Videobotschaft des Bürgermeisters von Kiryat Bialik, Eli Dukorski, abgespielt



Foto: Vladimir Shvemer

Gesichter der Betroffenheit in Chemnitz

werden. Diese schilderte eindrücklich den Ausnahmezustand auch in dieser israelischen Stadt. „Es tut gut, in der Not Freude zu haben ... Wir sind stark, auch, weil sie an unserer Seite sind“, betonte Dr. Ruth

Röcher, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Chemnitz und Vorstandsmitglied der DIG-AG Chemnitz zur Kundgebung.

Dorothee Morgenstern

DIG Darmstadt

Absurde „Gewaltspirale“



Foto: Rodan Zeybek

Daniel Neumann, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Darmstadt, auf der Israel-Kundgebung am 10. 10. 2023.

Am Dienstag, dem 10. Oktober 2023, haben wir als Deutsch-Israelische Gesellschaft Darmstadt gemeinsam mit den Parteien der bürgerlichen Mitte zur Solidaritätskundgebung mit Israel und der israelischen Bevölkerung aufgerufen. Gefolgt sind dem Aufruf mehr als 150 Teilnehmende.

Nach einer kurzen Eröffnung übernahm Hanno Benz, Oberbürgermeister Darmstadts, das Mikrofon. Benz sprach den israelischen Bürgerinnen und Bürgern seine volle Solidarität aus. Er stehe im Kontakt mit Ronen Marley, dem Bürgermeister der israelischen Partnerstadt Nahariya, die bis dato glücklicherweise von terroristischen Angriffen verschont blieb. Anschließend folgte eine eindrückliche Rede von Daniel Neumann, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Darmstadt. Neumann machte

deutlich, nicht zum wiederholten Male auf das Existenzrecht Israels verweisen zu wollen; er sei es Leid, in deutschen Zeitungen immer wieder Schlagzeilen über die eskalierende Gewaltspirale zu lesen. Die Hamas habe durch ihre barbarischen Taten am 7. Oktober gezeigt, dass sie eine dem IS gleichzustellende Terrororganisation sei und folglich genauso nachdrücklich bekämpft werden muss. Neumann beendete seine Rede mit einem Zitat, das der früheren israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir zugeschrieben wird und aktueller nicht sein könnte: „Wir können den Arabern vielleicht verzeihen, dass sie unsere Kinder töten, aber wir können ihnen nicht verzeihen, dass sie uns zwingen ihre Kinder zu töten. Frieden wird es erst geben, wenn die Araber ihre Kinder mehr lieben, als sie uns hassen.“

Philip Krämer (MdB) und Anika Schmütz

DIG Dresden

In strömendem Regen

Auch in Dresden stieß Solidarität auf pro-palästinensischen Protest, auch hier gab es eine Diskussion über das Hissen der Flagge Israels.

Aber die 200 Menschen, die sich bereits am Montag, den 9. Oktober auf den Neumarkt begaben, hielten weder der strömende Regen noch Gegenproteste von ihrem Bekenntnis zu den Menschen in Israel ab.

Geflaggt wurde ab dem Tag darauf und Oberbürgermeister Dirk Hilbert sagte: „Ich verurteile den antisemitischen Terror der Hamas aufs Schärfste“.



Solidaritätsbanner auf dem Neumarkt

DIG Düsseldorf

„Uns eint der Wunsch, dass die Quelle des barbarischen Terrors endlich beseitigt wird.“

Die Situation in Düsseldorf ist geprägt von großer Erschütterung und tiefer Trauer über den brutalen und menschenverachtenden Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten sowie die Verschleppung von ca. 240 Geiseln am 7. Oktober 2023.

Viele Mitglieder der jüdischen Gemeinde haben Verwandte und Freunde in Israel, die direkt oder indirekt von dem Anschlag betroffen sind. Die Reaktion von Hamas-Anhängern in Berlin, die die Kriegsverbrechen der Hamas feierten, die zahlreichen antisemitisch geprägten propalästinensischen Demonstrationen in Berlin, Düsseldorf und anderenorts haben bei Juden in ganz Deutschland ein permanentes Gefühl der Bedrohung entstehen lassen: Sie sorgen sich, ob sie ihre Kinder noch in den Kindergarten oder in die Schule schicken können, ob sie jüdische Symbole in der Öffentlichkeit noch tragen sollen, ob es ratsam ist,

auf dem Weg zur Synagoge einen Umweg zu machen.

Die Politik und hoffentlich auch der größte Teil der Zivilgesellschaft in Düsseldorf haben sich unverbrüchlich solidarisch mit Israel gezeigt und ihre Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinschaft sehr deutlich und öffentlich zum Ausdruck gebracht. Vor dem Rathaus, dem Landtag, der Staatskanzlei und einer Reihe von Ministerien wurden Israelflaggen gehisst, um allen in der Stadt zu zeigen, auf welcher Seite Stadt und Land stehen. Zwei Kundgebungen, an denen sich die DIG beteiligte, haben ein starkes und in der Öffentlichkeit wahrgenommenes Zeichen gesetzt.

Kundgebung „NRW steht zu Israel“ am 8. Oktober 2023 vor dem Landtag

Dem gemeinsamen Aufruf des Jüdischen Studierendenverbandes, der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein und der DIG Düsseldorf am Abend des 7. Oktober 2023 folgten rund 600 Menschen der Solidaritätskundgebung „NRW steht zu Israel“ am darauffolgenden Sonntag auf der Wiese vor dem NRW-Landtag in Düsseldorf. Unter den Teilnehmern waren zahlreiche Vertreter aus der Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie der Zivilgesellschaft.

Düsseldorfs Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller betonte in seiner Ansprache, das Hissen einer israelischen Flagge vor dem Rathaus sei das Mindeste, was man spontan tun könne, es sei aber nur ein Anfang, dem in den nächsten Tagen weitere Aktivitäten folgen müssten; die Stadt stehe unverrückbar an der Seite Israels. Die stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Mona Neubauer, zeigte sich, wie alle Redner vor und nach ihr, tief entsetzt über den brutalen und menschenverachtenden Terroranschlag der Hamas, gegen den sich Israel legitimerweise zur Wehr setzen müsse. Vielfach wurde an die Äußerung Angela Merkels im März 2008 vor der Knesset erinnert, dass die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson gehöre und niemals verhandelbar sei.

„Aus diesem Anspruch an die eigene historische Verantwortung müssen Taten folgen. Die Fehler, die vor 50 Jahren beim Jom-Kippur-Krieg begangen worden sind, als die Bundesrepublik allenfalls halbherzig und verdeckt in einem existenzbedrohenden Krieg half, dürfen sich nicht wiederholen“, erklärte Emil Brachthäuser, Vorsitzender der DIG Düsseldorf, und erinnerte an die seit Jahren von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft erhobene Forderung, die Geldzahlungen an die palästinensische Autonomiebehörde, mit denen unter anderem Schulbücher finanziert werden, die zum Hass auf Israel erziehen, auf den Prüfstand zu stellen. „Kein Geld mehr für Terroristen“ forderte auch der Europaabgeordnete Moritz Körner. Bert Römgens, der Verwaltungsdirektor der Jüdischen Gemeinde, appellierte, dass Hass auf jüdisches Leben hier keinen Platz haben dürfe. Er verlas eine Grußbotschaft der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, der diesjährigen Preisträgerin der Josef-Neuberger-Medaille, die ebenfalls forderte, künftig auszuschließen, dass Hilfsgelder für antiisraelische Zwecke verwendet werden.

**Kundgebung
„We stand with Israel“
am 18. Oktober 2023
vor der Düsseldorfer Synagoge**



Emil Brachthäuser, Vorsitzender der DIG Düsseldorf, bei seiner Rede auf dem Paul-Spiegel-Platz vor der Synagoge in Düsseldorf.

Ebenfalls Hunderte Menschen versammelten sich am 18. Oktober 2023 zu einer Solidaritätskundgebung für Israel vor der Düsseldorfer Synagoge. Der Gemeindevorsitzende Dr. Oded Horowitz, der am Tag des Hamas-Angriffs mit seiner Familie in Tel Aviv war, schilderte in bewegenden Worten, wie sie am Morgen des 7. Oktober von Sirenen und Raketendonner geweckt wurden und im Laufe des Tages die schrecklichen Nachrichten aus dem Süden des Landes hörten.

Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller stellte klar: „Solidarität mit Israel ist das Gebot der Stunde und sonst gar nichts!“ Emil Brachthäuser betonte: „Uns eint der Wunsch, dass die Quelle des barbarischen Terrors endlich beseitigt wird.“ Dr. Martin Fricke vom Vorstand der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit appellierte: „Es ist die Verpflichtung unserer Stadtgesellschaft, an der Seite der jüdischen Gemeinde, der Jüdinnen und Juden in unserer Stadt zu sein und sich gegen jede Form antisemitischer Hetze

oder gar antisemitischer Übergriffe hier bei uns entschieden zur Wehr zu setzen.“ Nicole Pastuhoff, Präsidentin des Jüdischen Studierendenverbandes NRW, dankte allen, die trotz ihrer Ängste angesichts der hasserfüllten pro-palästinensischen Demonstrationen und der erhöhten Anschlagsgefahr auf Synagogen und jüdische Einrichtungen zu der Kundgebung gekommen waren: „Unser Zusammenhalt ist größer als unsere Angst!“

Zum Abschluss sprach der Rabbiner ein Gebet für die Opfer des Hamas-Terrors, für die Entführten und für den Staat Israel. Die Anwesenden sangen gemeinsam die HaTikvah.

„Nie wieder ist jetzt! Am Israel Chai!“ – Diese Leitworte zogen sich durch alle Reden und drückten die Entschlossenheit und Hoffnung der Versammelten aus.

Emil Brachthäuser
Jürgen Sterzenbach

DIG Erfurt

Prominenz und Presse

Bereits am 11. Oktober, vier Tage nach dem Überfall der Terrormiliz Hamas auf den Staat Israel, fand eine von der DIG e.V. Erfurt und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen organisierte Solidaritätsdemonstration vor dem Erfurter Rathaus statt. Als Rednerinnen und Redner konnten Matthias Tarwitz, Vorsitzender der DIG e.V. Erfurt; Prof. Reinhard Schramm, Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens; Stephan J. Kramer, Präsident des Amtes für Verfassungsschutz Thüringen; Andreas Bausewein, Oberbürgermeister Erfurt; Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland und Doreen Denstedt, Thüringer Ministerin für Migration, Justiz und Verbraucherschutz gewonnen werden.

Etwa 350 Personen nahmen an der friedlichen Demonstration teil. Besonders hat uns die Teilnahme vieler Jugendorganisationen aus ganz Thüringen und vieler Vertreterinnen und Vertreter von Thüringer Institutionen gefreut. Die Presse der Funke Mediengruppe und des mdr, aber auch Thüringer Bürgersender berichteten bereits am nächsten Tag, auch weil die DIG e.V. Erfurt Fotos und Infomaterial kostenfrei zur Verfügung stellte.

Eine Woche später, am 18. Oktober, konnte eine Israel Solidaritätsdemonstration, angemeldet von Privatpersonen aus Weimar, auch mit Hilfe von Mitgliedern der DIG Erfurt in Weimar vor dem Nationaltheater organisiert werden. Hier redeten neben Aktivistinnen und Aktivisten Prof.

Schramm als Vertreter der Jüdischen Landesgemeinde und Prof. J.-C. Wagner, Leiter der Gedenkstätten Buchenwald – Mittelbau Dora. Etwa 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen an der friedlichen Demonstration teil.

Ziel ist es, unser Netzwerk zu vergrößern und weiterhin Projekte mit den verschiedensten Organisationen gegen Antisemitismus und Antiisraelismus zu verwirklichen. Natürlich ist die Zusammenarbeit mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen unser Hauptanliegen, aber auch die Unterstützung von israelischen Bürgerinnen und Bürgern, die in Thüringen leben oder studieren.

Andreas Menzel

DIG Frankfurt

Zwischen Schock und Wut

Schock, Verzweiflung, Fassungslosigkeit – das waren die vorherrschenden Gefühle der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich am Abend des 7. Oktober zur spontan organisierten Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg eingefunden hatten. Viele waren mit Israelfahnen gekommen, um ihre Solidarität mit dem angegriffenen jüdischen Staat auszudrücken. Alle Rednerinnen und Redner des Abends, angefangen bei Oberbürgermeister Mike Josef, dem Beauftragen der Hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus Uwe Becker über die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Nicola Beer und den Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Omid Nouripour bis hin zu Prof. Stephan Grigat, Sacha Stawski sowie den Vertretern des Verbands Jüdischer Studierender Hessen und des Jungen Forums der DIG drückten ihren Schmerz, ihre Angst und Wut angesichts dieses barbarischen Angriffs aus. Sie verurteilten die Hamas und ihre Unterstützer scharf.

Die Stimmung auf der Solidaritätskundgebung eine Woche später am 14. Oktober



Vorne v.l.n.r.: OB Mike Josef, EU-Vizepräsidentin Nicola Beer, Michel Friedman, Publizist

hatte sich verändert. Neben Schock, Verzweiflung und Fassungslosigkeit waren Wut und Entsetzen über die antisemitischen Ausfälle online und auf den Straßen getreten. Eine für den gleichen Tag angesetzte Demonstration, in der die Gräueltaten der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung gerechtfertigt und verherrlicht werden sollte, war kurz vor Beginn von einem Gericht gestoppt worden. Frankfurt,

neben Berlin als langjähriges Zentrum des Islamismus und für antizionistische Aufmärsche bekannt, hat sich an diesem Tag eindeutig gegen Antisemitismus positioniert. 1500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten eindrucksvoll, dass die Stadtgesellschaft an der Seite der Menschen Israels steht, denn „Nie Wieder“ ist jetzt!

Lena Reker
Vorsitzende

DIG Freiburg

„Erinnert an SS-Einsatzgruppen“



Foto: Julian Rzepa/IR Photography

Die Vorsitzende der DIG Freiburg, Gabriela Schlesiger

Zitat aus der Rede der Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG Freiburg, Gabriela Schlesiger, auf der Kundgebung in Solidarität

mit Israel, am 9. 10. 2023, vor der Synagoge der Israelitischen Gemeinde. Sie erinnerte auch, dass dies der Jahrestag des Anschlags von Hanau war.

Überlebende berichten von Szenen, die kaum noch beschreibbar sind. Festzuhalten ist aber: Was die Hamas da anrichtete, wie auf Verletzte noch geschossen wurde, Menschen gejagt und niedergestreckt, Frauen vergewaltigt, bevor man sie tötete. Dies wurde von dafür ausgewählten und angewiesenen Milizionären ausgeführt und keineswegs von nur einem wild gewordenen Mob. Was da geschah, erinnerte an die Aktionen von den berüchtigten Einsatzgruppen der SS an der Ostfront.

Dabei ging es keineswegs nur darum, Angst und Schrecken zu verbreiten, vielmehr bestand der Zweck darin, im Kleinen zu zeigen, was „Befreiung“ vom Meer bis zum Fluss bedeutet – also die Zerstörung Israels, wie sie als Ziel im Programm der Hamas festgeschrieben ist – nämlich Massenmord.

DIG Gießen

Mahnen – Schweigen – Trauern

Nach den Raketenangriffen der Hamas auf Israel und den Massakern an der Zivilbevölkerung, hatte die DIG Gießen ihre Mitglieder dazu aufgerufen, an den lokalen Solidaritätskundgebungen und Gedenkstunden teilzunehmen. Vorstandsmitglieder der DIG AG Gießen nahmen an der Mahnwache in Gießen, die unter dem Motto „Mahnen – Schweigen – Trauern“ unter anderem von der jüdischen Gemeinde und dem Partnerschaftsverein Gießen-Netanya initiiert worden war, teil.

Eine Solidaritätskundgebung mit darauf anschließender Demonstration durch die Marburger Innenstadt war vom Jungen Forum Mittelhessen ausgerichtet worden. Eine Delegation des Vorstandes hat auch an dieser Veranstaltung teilgenommen.



Judith Klubmann

Kundgebung in der Marburger Altstadt.

Foto: Judith Klubmann

DIG Halle

Bedingungslose Unterstützung

In Halle (Saale) fanden zwei Solidaritätskundgebungen für Israel zusätzlich zum Anschlagsgedenken auf die Synagoge in Halle von 2019 am 9. Oktober statt. Am 8. Oktober versammelten sich rund 150 Teilnehmer auf dem Hallmarkt, um der Opfer des jüngsten Terroranschlags in Israel zu gedenken. Die Veranstaltung, unter dem Motto „Solidarität mit Israel! Kein Frieden mit Antisemiten“, zielte auf die bedingungslose Unterstützung Israels ab. Dabei richtete sich der Protest auch gegen das deutsche Appeasement gegenüber islamischem Antisemitismus. Pro-palästinensische Gegendemonstranten, etwa 25 an der Zahl, sorgten für Störungen und wurden von der Polizei abgeschirmt.

Am 13. Oktober versammelten sich erneut rund 150 Menschen zu einer Solidaritätskundgebung für Israel. Die Teilnehmer riefen Parolen wie „Einmal Auschwitz war



Foto: dubisthalle.de

Kundgebung auf dem Hallmarkt

zu viel, Solidarität mit Israel“ und „Kein Frieden mit Antisemiten.“ Im Vergleich zur vorherigen Demonstration verlief diese Kundgebung weitgehend ruhig, obwohl einige Passanten abfällige Bemerkungen zu Israel äußerten. Anschließend nahmen zahlreiche Demonstranten an einer stillen Solidaritätskundgebung vor der Synagoge

teil, um gegen Antisemitismus und die Angriffe auf Israel zu protestieren. Während die erste Kundgebung durch Gegenproteste gestört wurde, verlief die zweite ruhiger, doch die Botschaft war dieselbe: Der Kampf gegen Antisemitismus ist von zentraler Bedeutung, sowohl im Nahen Osten als auch in Deutschland.

DIG Hamburg

Talkrunden in norddeutschen Medien

Auch in Hamburg waren wir zutiefst erschüttert vom beispiellosen Angriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung. Schnell war klar, dass Hamburg ein Zeichen für Israel und gegen Antisemitismus setzen muss. Zwei Tage später standen über 1.500 Hamburgerinnen und Hamburger am Jungfernstieg und haben genau das getan. Auch die Stadtpolitik hat sich klar hinter Israel und die Hamburger Jüdinnen und Juden gestellt. Bei einer zweiten Kundgebung eine Woche später haben dann, organisiert durch das Junge Forum, vor allem junge Organisationen ihre Solidarität zu Israel erklärt. Unsere Vorsitzenden, Daniel Killy und Moritz Golombek, konnten mehrfach in Talkrunden norddeutscher Medien die Wichtigkeit, an Israels Seite zu stehen, betonen. Doch auch vor Hamburg macht der Israelhass keinen Halt: Es gab mehrere verbotene Kundgebungen vermeintlich „pro-palästinensischer“ Organisationen,



Zeichen setzen mit dem Ersten Bürgermeister, Dr. Tschentscher (6. v. l.)

bei denen Antisemitismus verbreitet wurde. Teilnehmende unserer Kundgebung wurden tätlich angegriffen. Für uns als DIG Hamburg ist klar: Wir werden weiter Haltung zeigen und Solidarität mit Israel einfordern. Wir haben seit dem Angriff der Hamas erlebt, dass viele Mitglieder sich verstärkt engagieren wollen. Viele Menschen haben in den letzten Wochen zum

ersten Mal zur DIG gefunden. Das stimmt uns in diesen schweren Tagen hoffnungsvoll. Wir müssen und können Antisemitismus und Israelhass etwas entgegensetzen! Wir danken unseren Mitgliedern und allen Hamburgerinnen und Hamburgern für die tatkräftige Unterstützung.

Moritz Golombek
Vorsitzender

DIG Heilbronn

Schweigeminute, Tränen und Entschlossenheit



Das Foto ist überholt: Die Flagge wurde erneut und laut OB endgültig eingezogen. Nicht nur die DIG Heilbronn ist irritiert.

Nach Bekanntwerden des barbarischen Angriffes von Hamas und Jihad Islami auf den Südwesten Israels standen wir alle einige Stunden unter Schock. Die unerträglichen Grausamkeiten wie etwa in den Kibbuzim Be'eri und Kfar Aza führten zu Wut, dann zu Tränen und schließlich zu Geschlossenheit. Gemeinsam mit den Freunden der DIG Stuttgart organisierten wir spontan für den 9. Oktober in der Landeshauptstadt Stuttgart eine Solidaritätskundgebung. 500 Menschen versammelten sich auf dem Marktplatz. Die Vorsitzenden der beiden DIGen, die Landtagspräsidentin sowie Repräsentanten der Landespolitik und der Zivilgesellschaft erinnerten an die unverbrüchliche Freundschaft zwischen der Bundesrepublik und Israel und riefen zur Solidarität auf.

Zwei Tage später versammelte sich die DIG Heilbronn intern. Wir hielten eine Schweigeminute ab. Aus der Bevölkerung

kam uns viel Sympathie entgegen. Berührende Solidaritätsadressen wurden an uns gerichtet. Wir freuen uns über neue Mitgliedschaften.

Nach – für die Stadtgesellschaft nicht nachvollziehbarem – intransparentem Zagen und Zaudern wurde schließlich, auf unseren Druck hin, unterstützt durch überparteiliche Solidarität von Mandatsträgern des Landes und des Bundes, die israelische Flagge vor dem Rathaus der Käthchenstadt gehisst. In der folgenden Nacht wurde sie abgerissen und geschändet. Dann wieder gehisst.

Ob wir am 9. November zum Jahrestag der Reichspogromnacht als DIG Heilbronn wieder mit der Israelflagge auftreten? Wird unsere Sicherheit gewährleistet sein? Das klären wir derzeit intern. Jedenfalls stehen wir solidarisch zu Israel! In Heilbronn und in der Republik.

Bernd Sommer
Vorsitzender

DIG Kiel

Mit den Jugendorganisationen der Parteien

Nach dem bestialischen Angriff auf Israel am 07.10.2023 hat das JuFo Kiel spontan eine Solidaritätskundgebung am 10.10.2023 organisiert. Etwa 200 Menschen folgten dem Aufruf und es waren Vertreter*innen aller Landtagsparteien anwesend. Die spontane Bereitschaft, insbesondere der Jugendparteien, mitzuorganisieren, Reden zu halten und die Veranstaltung zu bewerben, ist auch eine Folge der vorherigen Vernetzungsarbeit. Bei der Demonstration wurde auch von Seiten der Landesregierung von der Bildungsministerin Karin Prien eine Rede gehalten sowie von Gerwin Stöcken, dem Vertreter der Stadt Kiel.

In Lübeck wurde ebenfalls auf Wunsch von Einzelpersonen eine spontane Demonstration abgehalten, zu der knapp unter 100 Menschen erschienen sind. Auch hier wurde seitens der demokratischen Parteien die Veranstaltung beworben.



Vorstandsmitglieder von Jusos SH, Grüner Jugend SH, Junge Union SH, Julis SH und dem JuFo Kiel.

Leider wurde auch eine Reihe von Veranstaltungen in Schleswig-Holstein angemeldet, die aus einer antisemitischen/islamistischen Richtung kamen. Bis auf eine Veranstaltung in Flensburg wurden alle anderen Veranstaltungen aus Sicher-

heitsgründen verboten, auf der letzten verbleibenden Demonstration kam es trotz massiver Polizeipräsenz zu mehreren antisemitischen Ausfällen, unter anderem wurde die Fahne der islamistischen Terrororganisation Hisbollah gezeigt.

DIG Köln

Gegen das islamistische Pogrom in Israel

Am 7. Oktober 2023, keine dreieinhalb Stunden nach dem brutalsten Angriff der palästinensischen Hamas, bei dem die höchste Zahl an ermordeten Jüdinnen und Juden an einem Tag seit der Shoah gezählt wurde, gab die DIG AG Köln die erste Solidaritätserklärung mit Israel ab. Am folgenden Tag und eine Woche nach dem Anschlag, am 14. Oktober 2023, folgten Solidaritätskundgebungen sowie am 16. Oktober 2023 ein Solidaritätskonzert mit Israel in Bergisch Gladbach.

Die erste Solidaritätskundgebung der DIG AG Köln und des Bündnisses gegen Antisemitismus – BgA Köln) fand am Tag nach dem Überfall der Hamas und des Islamischen Jihad auf die Kibbuzim und Dörfer des Kreises Sha'ar HaNegev und die Stadt Sderot am 7. Oktober 2023 auf dem Roncalliplatz neben dem Kölner Dom statt. Das Bündnis, auf dessen Aufruf 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Solidarität mit Israel bekundeten, hatte sich innerhalb weniger Stunden, in denen die Lage analysiert wurde, zusammengefunden. Anneke Winkel, die für das Bündnis gegen Antisemitismus sprach, betonte die Mitverantwortung des Iran als Financier des Terrors und forderte ein hartes Vorgehen gegen den Iran und seine terroristischen Proxies im Gazastreifen.

Abraham Lehrer, Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln und Vizepräsident des Zentralrats der Juden, schilderte die Unmenschlichkeit der islamistischen Terroristen, die jegliche kriegsvölkerrechtliche Bindung mit Füßen getreten und wahllos gemordet hätten.

Dr. Johannes Platz, Vorsitzender der DIG AG Köln, beschrieb Begegnungen mit Menschen aus der Nachbarstadt des Gazastreifens Sderot und des Kreises Sha'ar HaNegev in den 2000er-Jahren, ihren Zionismus und ihre Resilienz gegenüber dem fortgesetzten Raketenterror aus dem Gazastreifen. Er bezeichnete die Israel Defense Forces in allen Waffengattungen und Untergliederungen als die Lebensversicherung Israels. Er betonte, dass Israel eine schwere Zeit bevorstünde, auch eine Zeit der tiefen Trauer über die zum Zeit-

punkt der Kundgebung bekannten vielen hundert Toten Israelis.

Kernpunkt aller Reden war die bedingungslose Solidarität mit Israel, die die Rednerin und die Redner bekundeten. Dr. Johannes Platz bemerkte dazu: „Ganz gleich, wie die aktuelle Regierung in Israel aussieht, ganz gleich, welche strategisch bedeutenden Fehler ihr unterlaufen sind, ganz gleich, welcher innenpolitischer Streit in Israel herrscht – Sie können mir glauben: „Right our wrong – my country“ ist nicht mein Wahlspruch. Aber es gibt Situationen, da müssen wir zusammen an der Seite Israels stehen – und ja – auch der freien Welt überhaupt.“

Am Samstag, 14. Oktober 2023 veranstalteten die DIG AG Köln, das Bündnis gegen Antisemitismus – BgA Köln, die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und das Ukraine Hilfsnetzwerk von Cityofhope Cologne e. V. eine gemeinsame Kundgebung unter dem Motto „AUFSTEHEN GEGEN ISRAELHASS UND JEDEN ANTISEMITISMUS IN KÖLN“ auf dem Kölner Heumarkt. Anlass war eine Palästina-Solidaritätskundgebung der Palästinensischen Gemeinde am selben Platz, der die Versammlung ein beherztes Gegensignal der bedingungslosen Solidarität mit Israel entgegensetzte. Dies war nur unter Polizeischutz möglich.

Tanja Schmieder als Vertreterin von Cityofhope Cologne e. V. zeigte auf, dass der Kampf der Menschen in der Ukraine, Israels gegen die Hamas und der Frauen im Iran verbundene Kämpfe sind, die mit der Achse des Bösen zwischen Iran, Russland und den Proxies des Iran zusammenhängen.

Dr. Johannes Platz, Vorsitzender der DIG AG Köln, wies auf die vielen Unterstützerinnen und Unterstützer der Kundgebung in Kölns Zivilgesellschaft hin, auf ihre Shares bei Facebook und in den verschiedensten Newslettern der Parteien und Akteure. Im Namen der aufrufenden Organisationen betonte er wiederum nachdrücklich die bedingungslose und uneingeschränkte Solidarität mit Israel und den Israel Defense Forces. Anerkennend lobte er die Verlegung zweier amerikanischer Flugzeugträger in die Region.



Dr. Johannes Platz am 8. Oktober 2023

Dr. Ralf Heinen, Bürgermeister der Stadt Köln und in Vertretung von OB Henriette Reker, erklärte die Solidarität der Stadt Köln mit den Menschen in Köln's Partnerstadt Tel Aviv-Yafo. Er war sichtlich über den Zuspruch der Kundgebung bewegt. Prof. Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, drückte ebenfalls die uneingeschränkte Solidarität mit Israel aus. Gemeinsam war den Veranstaltern, dass sie nicht nachvollziehen konnten, wieso das Verwaltungsgericht das Verbot der Palästinasolidarischen Kundgebung gekippt hatte.

Auf dem Benefizkonzert für Israel mit israelischen und deutschen Musikerinnen und Musikern, das der Musik und Kulturfestival GL, der Ganey-Tikva-Verein Bergisch Gladbach und die Deutsch-Israelische Gesellschaft AG Köln in Bergisch Gladbach veranstalteten, betonte Dr. Roman Salyutov die Maßlosigkeit des Massakers.

Die gesammelten Spenden gehen an der Kibbutz Nir Oz.

Dr. Johannes Platz
Vorsitzender

DIG Münster

Zwei Sinfonieorchester für Israel



Valeria Stockey, Vorstandsmitglied (l.) und Regine Foerster, Vorsitzende DIG Münster

Der Generalmusikdirektor der Stadt Münster, Golo Berg, hatte eine geniale, sofort begeisternde Idee: Münster feiert in diesem Jahr das 375. Jubiläum des Westfälischen Friedens von Münster und Osnabrück.

In der Reihe der über das Jahr verteilten Veranstaltungen stand auch ein gemeinsames Konzert der beiden Sinfonieorchester von Münster und Osnabrück am 14. Oktober 2023 auf dem Programm. Herr Berg entschied spontan, das besondere Konzert vor dem Hintergrund der schrecklichen

Ereignisse in Israel ganz aktuell auch den Opfern dieses Krieges zu widmen. Er schlug der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Münster vor, in der Konzertpause Spenden für die israelischen Rettungskräfte Magen David Adom zu sammeln. Es gab eine große Spendenbox vom Theater Münster, und zu unserer großen Freude konnten Mitglieder des Vorstands der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Münster und der Jüdischen Gemeinde Münster insgesamt den Betrag von 2.115 Euro an Spenden einsammeln, die nun auf dem Weg nach Israel sind.

Interview im Shalomsaal

Nach dem lähmenden Entsetzen und dem Schock, als uns die grauenhaften Nachrichten aus Israel erreichten, wurde schnell klar, dass die Deutsch-Israelische Gesellschaft Münster nicht verharren konnte, sondern für Israel, unsere israelischen Freunde und Freundinnen und das Land tätig werden musste. Eine Pressemitteilung wurde geschrieben und an die Münsteraner Zeitung geschickt, der Antrag für die für Montag, den 9. Oktober, geplante Kundgebung beim Ordnungsamt eingereicht, die Stadt informiert, um die Israelflagge am Stadtweinhaus gebeten – Teil des berühmten Rathauses am Prinzipalmarkt – und die Bürgermeisterin für eine Begrüßung angefragt. Wir verfassten einen Aufruf und Mails an unsere Mitglieder, Freunde Israels, die Presse und Israel nahestehende Gruppierungen. Das WDR-Fernsehen vereinbarte mit uns einen Termin für ein Interview im Shalomsaal der Jüdischen Gemeinde. Es fanden sich Rednerinnen und Redner vom Vorstand der DIG Münster und dem Jungen Forum, vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde Münster, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und dem Jugendbündnis Münster und von der Stadt Münster die Bürgermeisterin. Mehr als 300 Münsteranerinnen und Münsteraner kamen. Die



Prinzipalmarkt

Redebeiträge, so unterschiedlich sie waren, erreichten, ergriffen und beeindruckten alle: Israel war angegriffen worden, Münster beschwor die Solidarität. In einer Schweigeminute gedachten wir der Opfer. Never again is now! Nach dem offiziellen Ende hatten noch viele das Bedürfnis, miteinander ins Gespräch zu kommen und

zu bleiben. Brennende Kerzen und Blumen entsprachen dem alle verbindenden Gefühl der Trauer. Die Flagge Israels weht bis heute am Prinzipalmarkt.

Jonas Erulo
Regine Foerster
Wilko Martens

DIG Regensburg-Oberpfalz

Who by Fire



Foto: Tobias Eisch

Mahnwache vom 8. 10.: der Vorsitzende der DIG Regensburg-Oberpfalz, Dennis Forster bei seiner Rede vor ca. 100 Anwesenden.

Die AG Regensburg-Oberpfalz hat am Tag nach dem Angriff der Hamas eine Mahnwache vor der Jüdischen Gemeinde Regensburg organisiert. Neben Mitgliedern der Gemeinde, dem Jungen Forum und circa 100 weiteren Teilnehmenden aus der Stadtgesellschaft waren die Oberbürgermeisterin und Vertreter*innen von demokratischen Parteien anwesend. Nach einem Redebeitrag des Regensburger DIG-Vorsitzenden Dennis Forster und einer Schweigeminute wurde der Song "Who by Fire" von Leonard

Cohen abgespielt, den dieser während des Yom Kippur-Kriegs 1973 mit israelischen Soldaten gesungen hatte. Es folgten weitere Kundgebungen vor dem Alten Rathaus Regensburg, organisiert vor allem durch das Junge Forum, mit Reden der Oberbürgermeisterin, von Parteijugendleuten, aber auch unter anderem einer sehr bewegenden Rede einer geflüchteten Ukrainerin, die Parallelen zum Schicksal und Abwehrkampf ihres Landes zog und Israel volle Solidarität aussprach. Am 22. 10. 2023 nahmen Vertreter der DIG Regensburg-

Oberpfalz an einer Kundgebung für Israel in Landshut teil. Neben dem Regensburger Vorsitzenden sprachen u. a. auch der Vorsitzende der DIG Passau und die Bundestagsabgeordnete Marlene Schönberger (B'90/Grüne) sowie der Vorsitzende des DGB Niederbayern. Alle waren sich einig darin, den nötigen langen Atem zu beweisen und die Solidarität weiter in die Öffentlichkeit zu tragen.

Dennis Forster
Vorsitzender

DIG Saar

Bittere Aktualität

Am Donnerstag, 12. 10. 2023 führten wir eine Lesung/Diskussionsveranstaltung mit aktuellem Bezug mit dem Titel „Die Juden im Koran. Ein Zerrbild mit fatalen Folgen“ durch. Der Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi präsentierte Thesen aus seinem neuen Buch und leitete damit eine anspruchsvolle Diskussion ein zum Thema Islam und dem Zusammen-

hang mit dem aktuellen Konflikt im Bezug auf muslimischen Antisemitismus im Nahen Osten und Deutschland. Die Zahl von ca. 60 hochmotivierten TeilnehmerInnen überstieg unsere Erwartungen für Saarbrücker Verhältnisse. Hervorzuheben ist auch die erstmalige Teilnahme der Vorsitzenden der Saarbrücker Synagogengemeinde, Frau Ricarda Kunger, und ihres Geschäftsführers,

Herrn Evgenij Mrinski, an einer DIG-Veranstaltung. 2 Tage vorher (10. 10. 2023) hatten wir uns als DIG Saar dem Aufruf der Synagogengemeinde zu einem Solidaritätsschweigemarsch durch Saarbrücken angeschlossen. 300 TeilnehmerInnen wurden erwartet, 1000 (!) waren gekommen.

Erik Barth
Vorsitzender

DIG Trier

#StandWithIsrael

Unter diesem Motto fand am 11. Oktober 2023 auf dem Vorplatz der Porta Nigra in Trier eine Solidaritätskundgebung für das von der Hamas und ihren Verbündeten auf barbarische Weise angegriffene Israel statt. Daran nahmen etwa 200 Menschen teil.

Die Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung hatte die Kundgebung organisiert, zu der auch die DIG Trier mit aufgerufen hatte. In der von unserem Vorsitzenden Dr. Mark Indig (Foto) gehaltenen Rede hieß es unter anderem:

„Der Staat Israel ist von meuchelnden Banden überfallen worden. Viele hundert Menschen haben ihr Leben verloren – Männer, Frauen, Kinder, niedergemetzelt, kaltblütig

erschossen, geköpft, bei lebendigem Leib verbrannt. Das Ausmaß der barbarischen Attacken übersteigt das Vorstellbare, und doch ist es geschehen. Vollzogen von Terroristen, lange vorbereitet von Hamas und Hisbollah, gesteuert vom Iran, getragen von dem Willen, den Staat Israel und das Jüdische Volk auszulöschen – individueller und Staatsterrorismus in unheiliger Allianz!“

Es gab Störversuche von Gegendemonstranten, zu denen auch die rechtsextreme NPD (inzwischen umbenannt in „Die Heimat“) gehörte, die sich mit einer Palästinafahne präsentierte. Die Versuche verpufften, nicht zuletzt dank der Polizei, die die Antisemiten auf Distanz hielt.

Klaus Blees



Vorsitzender Dr. Mark Indig

DIG Würzburg

Uneingeschränktes Recht zur Selbstverteidigung

In Würzburg sind am 9. Oktober gut 130 Menschen dem Aufruf der DIG gefolgt und haben sich solidarisch mit Israel gezeigt. An der Kundgebung nahmen zahlreiche Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, der demokratischen Parteien, von Gewerkschaften und von zivilgesellschaftlichen Initiativen teil.

Nur zwei Tage, nachdem das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoah stattgefunden hat, standen alle unter großem Schock. AG-Vorsitzender Konstantin Mack betonte für die DIG das uneingeschränkte Recht Israels, sich selbst zu verteidigen. Zwar sei es richtig, dass die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit den palästinensischen Gebieten nun auf den Prüfstand stellt. Diese Entscheidung komme aber zu spät. Es dürfe nicht sein, dass mit staatlichen Geldern aus Europa Waffen gekauft werden, die dazu eingesetzt werden, den jüdischen Staat zu terrorisieren. In den anderen Redebeiträgen wurde auch kritisch auf die Zusammenarbeit Europas mit der Islamischen Republik Iran hingewiesen. Eine israelische Austauschstud-



Für Israel stehen: Unterer Markt vor der Würzburger Marienkapelle

tin, die derzeit in Würzburg studiert, berichtete vom neuen Alltag ihrer Familie in Israel. Die Angst vor Raketenangriffen und vor weiteren Übergriffen durch islamistische Terroristen seien ständige Begleiter. Nichtsdestoweniger stehe die israelische Gesellschaft fest zusammen. Dass auch der Zusammenhalt der jüdischen Diaspo-

ra groß ist, bestätigten zwei junge Schülerinnen der jüdischen Gemeinde. Nach abschließenden Gebeten des Würzburger Rabbiners sang man gemeinsam die Hatikvah, die israelische Nationalhymne.

Konstantin Mack
Vorsitzender

Fragen und Antworten zum Hamas-Angriff auf Israel

Unmittelbar nach dem 7.10.2023 war die deutsche Öffentlichkeit überwiegend auf der Seite Israels. Das begann sich bereits mit der Bodenoffensive Israels in Gaza zu verändern. Es gibt auch zivile Opfer geben und wir sehen Bilder, die uns traurig machen. Es wird auch in Deutschland immer mehr Stimmen geben, die Täter und Opfer, Ursache und Folge umkehren wollen. Unsere Aufgabe wird es sein, dem mit Argumenten entgegenzutreten. Dafür haben wir hier wichtige Fragen und Antworten zusammengestellt. Zentral ist:

Israel hat sich nicht für diesen Krieg entschieden. Die Verantwortung für den Krieg und die Opfer auf israelischer und palästinensischer Seite liegt allein bei der Hamas.

Was sind die Ziele der Hamas?

Die Hamas (und in ähnlicher Weise die Konkurrenz des Islamischen Jihad) hat das erklärte Ziel, den Staat Israel auszulöschen. So steht es in ihrer Charta, und das ist nicht als Regierungswechsel gedacht, sondern als Vernichtung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur. Die Mobilisierung dafür, mit antisemitischer Indoktrination schon in den Schulen, dient ihr gleichzeitig für die Sicherung ihrer diktatorischen Herrschaft in Gaza selbst.

Warum erfolgte der Terrorangriff der Hamas zum jetzigen Zeitpunkt?

Der Experte für Sicherheitspolitik und islamistischen Terror Peter R. Neumann (King's College London) hat drei Thesen zur Motivation und zu den Zielen der Hamas aufgestellt:

- 1 Hamas plante eine seiner alle zwei oder drei Jahre üblichen Eskalationen, die aber wegen des Versagens der israelischen Sicherheitsbehörden „erfolgreicher“ war als erwartet. (Über-raschungsthese)
- 2 Hamas wollte mit einem harten Schlag eine starke Überreaktion Israels provozieren, die nicht nur die „arabische Straße“ (von Kairo bis nach Neukölln) mobilisiert, sondern arabische Staaten und v.a. den Iran zum Einschreiten veranlasst. (Provokationsthese)
- 3 Die Offensive war eine Eröffnungssalve in einem vom Iran koordinierten Mehrfrontenkrieg, mit dem nicht nur die regionale Normalisierung Israels gestoppt, sondern seine Existenz konkret bedroht werden soll. (Regionalkriegsthese)

Möglich und plausibel sind alle drei Szenarien. Eine Kombination ist ebenfalls vorstellbar. Wahr ist allerdings auch: Richtig eindeutige Belege gibt es (bisher) für keines.

Zum anderen wird für möglich gehalten, die Hamas könne den Eindruck gehabt haben, dass Israel wegen der innenpolitischen

Auseinandersetzungen schwächer als sonst gewesen sei; Auch das Datum – am 6. Oktober jährte sich der Beginn des Yom-Kippur-Kriegs zum 50. Mal – kann eine symbolische Rolle gespielt haben.

Welche Rolle hat der Iran beim Terrorangriff gespielt?

Eine direkte „Anweisung“ aus Teheran wird nicht nachweisbar sein. Aber ohne Zustimmung der Mullahs wird der gut durchorganisierte Terrorangriff nicht gestartet worden sein. Denn ohne den Iran hätte die Hamas die militärische und politische Hochrüstung nicht schaffen können.

Warum hat Israel in den vergangenen Jahren Gaza abgeriegelt?

Israel hat nicht abgeriegelt, sondern nur kontrolliert. Bewohner des Gaza-Streifens kamen zur Arbeit nach Israel, Hilfsgüter auch Wasser, Strom, Treibstoff, Baumaterial kamen nach Gaza. Aber die Hamas hat dies zum eigenen Vorteil und zum Bau von Tunneln und Waffen genutzt und für die Bewohner nichts getan. Sie hat keinerlei eigene zivile Infrastruktur aufgebaut. Wenn Gaza „abgeriegelt“ gewesen wäre, wie hätte sich die Hamas für den Terrorangriff derart rüsten können?

Warum riegelt Israel Gaza gegenwärtig ab, liefert nichts mehr?

Israel kann keinen Strom liefern, der von der Hamas dann für den Betrieb ihrer Terrorzentralen und für ihr Militär genutzt würde. Im Übrigen gibt es nicht nur den geschlossenen Grenzübergang in den Norden, sondern auch den im Süden zu Ägypten, den Ägypten ebenfalls strikt kontrolliert und Ausreisen in größerem Umfang verhindert, aktuell sogar komplett geschlossen hat – obwohl Ägypten arabisches „Bruderland“ ist. Der Hauptgrund: Ägypten will sich den Terror der Hamas nicht ins eigene Land holen.

Was ist das Ziel Israels bei seinen militärischen Aktionen, und ist dieses Ziel durch das Recht auf Selbstverteidigung legitimiert?

Nach der Sicherung des eigenen Territoriums und der Vertreibung der eingedrungenen Terroristen ist das Ziel der IDF, die politischen und militärischen Strukturen der Hamas (und des Islamischen Jihad) zu zerstören, damit ein solcher Terrorangriff (und ein Raketenbeschuss) sich nicht wiederholen kann.

Ein weiteres Ziel ist – soweit dies jetzt möglich ist – Informationen über den Verbleib von Entführten zu erhalten und ggf., diese zu befreien.

Nimmt Israel bei der Bombardierung von Zielen in Gaza und bei einem wahrscheinlichen Einsatz mit Bodentruppen auch zivile Opfer in Kauf?

Erstens ist die Hamas für alle Folgen ihres Terrorangriffs verantwortlich, Israel hat wie jeder andere Staat das Recht der Verteidigung. Zweitens ist es die grundsätzliche Strategie der Hamas, zwischen zivil und militärisch nicht zu unterscheiden. Waffenfabriken, Waffenlager, Abschussrampen, Kommandozentralen sind nicht in militärischen Einrichtungen, sondern in Wohnhäusern, Schulen (selbst in UNRWA-Schulen!), Krankenhäusern untergebracht. Die Hamas selbst setzt die palästinensische Bevölkerung bewusst dem tödlichen Risiko aus – nicht nur das, sie fordert sie sogar auf, ihre Wohnhäuser nicht zu verlassen, obwohl es eine entsprechende Aufforderung der IDF gab.

Ist die Aufforderung Israels an die Bewohner des nördlichen Gazastreifens, in den Süden zu fliehen, ein „Verstoß gegen das Völkerrecht“, wie die UN sagen?

Gegen welches Völkerrecht soll verstoßen werden, wenn die Zivilbevölkerung gewarnt wird? Das humanitäre Völkerrecht wurde für „traditionelle“ Kriege entwickelt. Die Übertragung seiner Prinzipien auf asymmetrische Kriege, in denen eine Seite nicht zwischen militärisch und zivil unterscheidet, ist schwierig. Israel erfüllt die Anforderungen dennoch: Es warnt die Bevölkerung, damit sie sich schützen kann und zivile Opfer nach Möglichkeit vermieden werden können. Die Hamas versucht die Menschen an der Flucht zu hindern, damit sie sie als menschliche Schutzschilde benutzen und die Zahl der Toten für ihre Propaganda nutzen kann. Sie will so hohe Opferzahlen wie möglich, eben genau damit sich die internationale Gemeinschaft mit Israel entsolidarisiert.

Die Gräueltaten der Hamas an Männern, Frauen, Kindern, Alten in Israel sind unaussprechlich. Sie stehen jedem menschlichen Anstand entgegen und auch international geltendem Völkerrecht. Sie geht auch verantwortungslos mit dem Leben der palästinensischen Zivilisten um.

Ist Israel verantwortlich zu machen, wenn jetzt im Gaza-Streifen eine humanitäre Katastrophe eintritt?

Die Hamas wurde – vor über 15 Jahren – gewählt von den Menschen in Gaza und hat in Gaza allein die Verantwortung für die Menschen dort.

Die Hamas hat in den vergangenen Jahren Milliarden an Hilfsmitteln u.a. aus Katar, aber eben auch über Umwege aus der EU und Deutschland erhalten. Dieses Geld ist nicht in den Aufbau

ziviler Infrastruktur, Elektrizität, Wasserversorgung oder Bildung geflossen, sondern in den Aufbau von Terrorinfrastruktur, Waffen, Raketen, Terrortunnel – und hat den luxuriösen Lebensstil von Hamas-Führern und durch „Terror-Renten“ inhaftierte, verurteilte Terroristen und deren Familien finanziert. Jetzt von Israel den Unterhalt ziviler Infrastruktur zu fordern, nachdem das Land von der Hamas terroristisch überfallen wurde, ist absurd.

Gibt es einen Krieg in der Geschichte oder auf der Welt, bei dem die eine Kriegspartei der anderen die zivile Infrastruktur betreiben hat? Nein. Warum fordert man das also jetzt von Israel? Das ist ein doppelter Standard. Und doch hat Israel die Wasserversorgung für den Süden von Gaza wieder freigegeben und lässt aktuell Hilfslieferungen über Ägypten zu.

Der Grenzübergang Kerem Shalom, über den normalerweise Hilfsgüter nach Gaza geliefert wurden, wurde von der Hamas selbst zerstört. Allein die Möglichkeit der Versorgung von Israel aus ist also erschwert. Auch das ist Kalkül der Hamas.

Es gibt ein weiteres Land, das an Gaza grenzt: Ägypten. Ägypten kann sich für Hilfslieferungen einsetzen. Man sollte das von Ägypten fordern und nicht von Israel, also dem Land, dessen Kinder gerade von der Hamas abgeschlachtet wurden. Ägypten hat jedoch als Reaktion seine Grenze nach Gaza komplett abgeriegelt und aktuell noch verstärkt. Israel fordert allein, dass Hilfslieferungen streng kontrolliert werden, damit Waffenschmuggel verhindert wird.

Zur Aussage: „Israel bombardiert jetzt sogar Krankenhäuser“

1 Nach allem, was bisher bekannt geworden ist, ist die Behauptung falsch. Sowohl zahlreiche Analysen von unabhängigen OSINT-Experten als auch eine Untersuchung der IDF haben ergeben, dass es aller Wahrscheinlichkeit nach eine fehlgezündete Rakete der Terrororganisation Palestinian Islamic Jihad (PIJ) war, die von Gaza auf Israel gefeuert wurde, dabei fehlschlug und so neben dem Krankenhaus detonierte. Die IDF hat im fraglichen Zeitraum nicht in der Gegend operiert. Zahlreiche Videos – u. a. aus einer Live-Schalt von Al-Jazeera – zeigen den Absturz der Rakete, die Teil einer ganzen Salve war, die auf Israel gefeuert wurde, und den anschließenden Einschlag. Ein Audiomitschnitt belegt, dass die Hamas von der fehlgeschlagenen Rakete wusste.

Nachdem der Verdacht sich erhärtet hatte, korrigierte die Hamas die gemeldeten Todeszahlen plötzlich erheblich nach unten – wohl in der Erwartung, dass ihre Lügen nicht un bemerkt bleiben.

2 Wenn dann gesagt wird, man könne der staatlichen israelischen Seite doch nicht trauen, es gebe ja schließlich offizielle Nachrichten von palästinensischen Einrichtungen zur Zerstörung des Krankenhauses: Sowohl das Krankenhaus als auch das so genannte „Gesundheitsministerium“ werden durch die Hamas kontrolliert, also von einer islamistischen Terrororganisation. In den Nachrichten, die in den ersten Stunden verbreitet wurden, wurde also oft ungefiltert Hamas-Propaganda weitergegeben. Die IDF ist die Armee eines demokratischen Staates, der das Völkerrecht anerkennt. Die israelischen Verteidigungsstreitkräfte geben Aufnahmen

zur Überprüfung an unabhängige Experten. Entscheiden Sie selbst, wen Sie für vertrauenswürdiger halten.

- 3 Der Raketeneinschlag im Krankenhaus ist das beste Beispiel dafür, dass Hamas und Palestinian Islamic Jihad nichts am Leben der Zivilbevölkerung gelegen ist. Seit Beginn des Krieges sind ca. 450 von palästinensischen Terroristen gezündete Raketen fehlgeschlagen und innerhalb des Gazastreifens niedergegangen. Hamas und PIJ töten mit ihrem Terror auch die eigene Bevölkerung. Sie feuern aus Wohngebieten und anderen zivil genutzten Gegenden.
- 4 Deutsche Medien, die anfangs berichteten, Israel habe das Krankenhaus getroffen – beispielsweise der Deutschlandfunk – sind mittlerweile zurückgerudert. Sie sind der Propaganda der Hamas auf den Leim gegangen. Das ist sehr gefährlich. Gerade in Kriegszeiten kursieren viele Falschinformationen. Wie im Fall des Krankenhauses, verfangen und schüren diese wieder neuen Hass auf Israel, den dann die jüdische Bevölkerung auch in Deutschland zu spüren bekommt.

Warum folgt Israel nicht den Appellen etwa aus Moskau und Ankara, jetzt die Waffen ruhen zu lassen?

Weil das eine Belohnung für einen außergewöhnlich grausamen Terrorangriff wäre und die Hamas in die Lage versetzen, ja ermutigen würde, ihren Terror bei nächster Gelegenheit zu wiederholen. Und dies gilt nicht nur für die Hamas, sondern für Terrorangriffe auf Jüdinnen und Juden weltweit.

Provozieren die israelischen Militäraktionen nicht einen Angriff der Hizbollah aus dem Norden?

Die Gefahr eines Angriffs aus dem Norden besteht. Die Hizbollah ist (unter den Augen der UN) vom Iran weiter massiv hochgerüstet worden, vor allem mit modernen Raketen. Aber Israel kann der Gefahr nicht dadurch begegnen, dass sie eine andere Gefahr im Süden bestehen lässt. Die Hizbollah weiß sehr gut, dass die Reaktion Israels, unterstützt von den USA, sehr schnell und sehr hart wäre.

Sollen die Zahlungen Deutschlands/der EU an die UNRWA, die Palästinensische Autonomiebehörde und an palästinensische Organisationen sofort und vollständig eingestellt werden?

Grundsätzlich gilt: Alles muss auf den Prüfstand. Trotz gegenteiliger Behauptungen der Bundesregierung bestehen begründete Zweifel, dass aus diesen Geldern nicht auch Renten an Familien von Terroristen ausgezahlt werden, Organisationen gefördert werden, die Terror unterstützen und gutheißen, Schulmaterial genutzt wird, das zum Judenhass erzieht. All das muss nachweisbar ausgeschlossen werden. Humanitäre Hilfe sollte, aber nur kontrolliert, weitergeführt werden. Dafür spricht sich auch Israel ausdrücklich aus.

Ist der Vergleich von Hamas und ISIS verhältnismäßig?

Die Verbrechen der Hamas gleichen den Verbrechen von ISIS. Als ISIS seine Gebiete im Nahen Osten erweiterte, war sich die

internationale Gemeinschaft in einem seltenen Moment der Solidarität einig, dass ISIS ein für alle Mal vernichtet werden muss. Die Hamas ist ein Äquivalent, quasi eine ISIS für Israel. Wer sich nicht klar dazu bekennt, dass Israel ein Recht darauf hat, dieser Terrororganisation einen vernichtenden Schlag zuzufügen, der legt doppelte Standards an.

Für alle, die sich tiefergehend für „Verhältnismäßigkeit“ oder die Grenzen interessieren, innerhalb derer Israel seine Militäroperationen durchführen sollte, folgt hier ein kurzer Vergleich mit dem Ausschalten von ISIS 2014:

Die Operation „Inherent Resolve“ wurde 2014 von der zweiten Obama-Regierung zusammen mit wichtigen Verbündeten (Kanada, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien) gestartet, um ISIS zu zerschlagen. Die Rhetorik war kriegerisch; Präsident Obama gelobte, „ISIS zu degradieren und schließlich zu zerstören“, und Vizepräsident Biden nannte sie „Barbaren“. Niemand betrachtete diese Erklärungen als Drohung eines „Völkermords“ o.ä. Man hielt sie für eine angemessene und „verhältnismäßige“ Reaktion (denn „Verhältnismäßigkeit“ bezieht sich auf die Bedrohung, die bei Ausbleiben einer Reaktion besteht, und nicht auf die Zahl der Toten).

Die Operation selbst bestand hauptsächlich aus Luftangriffen (etwa 25.000) und einigen großen Bodenoperationen im Stadtkampf, insbesondere in Raqqa (Syrien) und Mosul (Irak). Die Zahl der bei Luftangriffen der US-amerikanischen, britischen und französischen Luftstreitkräfte getöteten Menschen wird auf 70-80.000 geschätzt. Bei koordinierten Bodenoperationen wurden die Städte Raqqa und Mosul weitgehend zerstört, wobei weniger als 30 % der Gebäude am Ende der Operationen noch standen.

Zu dem Zeitpunkt, als ISIS besiegt wurde, ging die Zahl der Todesopfer von ISIS in den verbündeten Ländern in Frankreich in die Hunderte und in den USA, dem Vereinigten Königreich und Belgien in die Dutzende, betrug also einen Bruchteil der von der Hamas an einem einzigen Tag in Israel abgeschlachteten Menschen, und das in Ländern, die zusammen die 50-fache Einwohnerzahl Israels haben. Und dennoch stand außer Frage, dass die Armeen dieser Länder völlig zu Recht eine Operation durchführten, bei der Zehntausende getötet, Hunderttausende vertrieben und dicht besiedelte Städte zerstört wurden.

In manchen Fällen kann der Vergleich mit der eigenen Situation in Deutschland helfen.

Was würden Sie von Deutschland erwarten, wenn es von tausenden Terroristen überfallen würde, die vergewaltigend und mordend durch die Straßen ziehen? Würden Sie nicht wollen, dass diese Terrororganisation danach nie wieder in der Lage ist, einen solchen Angriff zu beginnen?

Israel hat fast 10 Mio. Einwohner. Momentan gehen wir von etwa 1.400 toten Israelis aus, die Zahlen steigen noch immer. Auch hier kann es helfen, die Dinge in Relation zu setzen. Deutschland hat etwa 82 Millionen Einwohner, also mehr als 8x so viele wie Israel. Das würde bedeuten, dass Deutschland bei einem vergleichbaren Angriff 11.000 bis 13.000 Tote zu betrauern hätte. Ist die Reaktion der Israelis vor diesem Hintergrund besser nachvollziehbar?

Recherche und Auswahl:
Constantin Ganß und Dr. Hermann Kuhn

Problematische Aspekte der deutschen Israelberichterstattung

Israel habe den Palästinenser:innen den „totalen Krieg“ erklärt, so wird Nabil Abu Rudeineh, stellvertretender Premierminister der palästinensischen Regierung, in einem Artikel der taz zitiert. Eingordnet oder kritisiert wird diese Aussage, die unmittelbare Assoziationen zur Sportpalastrede von Joseph Goebbels aufruft, nicht. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) ist zu lesen, dem Zionismus sei es „stets im Kern um Land und Menschen – mit anderen Worten also um Blut und Boden“ gegangen. Dem Zionismus wird hier unterstellt, Elemente der nationalsozialistischen Ideologie zu teilen. Anlässlich einer Razzia in Dschenin ist in einem Spiegel Online-Artikel die Rede von „israelische[n] Sonderkommandos“, die „in palästinensische Städte eingedrungen sind [...]“. Es entsteht dabei wiederholt der Eindruck, dass die Soldaten Zivilisten bisweilen absichtlich angreifen – oder zivile Opfer ohne Rücksicht in Kauf nehmen“, so der Beitrag. Schwer wiegt hier zum einen der dämonisierende Vorwurf, die israelische Armee greife absichtlich Zivilist:innen an und nähme ihren Tod gleichgültig hin. Zum anderen wird ebenso wie in den erstgenannten Artikeln eine sprachliche Analogie zwischen dem demokratischen, jüdischen Staat bzw. dem Zionismus und dem nationalsozialistischen Regime gezogen – eine klassische Form antisemitischer Täter-Opfer-Umkehr. Denn mit dem Begriff „Sonderkommando“ wurden u. a. Teile der nationalsozialistischen Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) bezeichnet, die entscheidend an der Durchführung von Shoah und Porajmos (Völkermord an den Sinti und Roma) beteiligt waren.

Die Beispiele – allesamt aus diesem Jahr – zeigen, wie verbreitet Antisemitismus weiterhin im medialen Diskurs ist. Denn Zuschreibungen dieser Art finden sich in zahlreichen deutschen Medien – unabhängig von ihrer Blattlinie. Derart drastische Darstellungen, wie die oben genannten, sind zwar vergleichsweise selten, verzerrte Berichte zuungunsten

Israels jedoch häufig anzutreffen. Artikel nehmen immer wieder einseitige Perspektiven ein. Ereignisse werden oft nicht hinreichend kontextualisiert oder historisch eingeordnet. In Einzelfällen kommt es zu faktischen Fehlern, teilweise werden antisemitische Stereotype reproduziert und auf Israel übertragen. Diese und weitere problematische Aspekte der Israelberichterstattung deutscher Print- und Onlinemedien untersuchen wir derzeit in einem Forschungsprojekt am Berliner Tikvah Institut. Noch Ende dieses Jahres soll eine qualitative Fallstudie zu diesem Thema erscheinen. An dieser Stelle werfen wir bereits einige Schlaglichter auf wiederkehrende Phänomene, die wir in der Fallstudie ausführlich erläutern werden.

Wie jede Berichterstattung unterliegt auch jene über Israel gewissen Schwankungen, bestimmte problematische Aspekte bleiben jedoch weitgehend konstant. Dies war etwa anlässlich des Terrors der Hamas gegen israelische Zivilist:innen Anfang Oktober zu beobachten: Während die Artikel noch wenige Tage zuvor meist zuungunsten Israels ausfielen, änderte sich dies mit dem Terrorangriff. Täter und Opfer wurden anfänglich klar benannt und Solidarität mit dem jüdischen Staat bekundet – zumindest, solange er wehrlos schien. Bereits wenige Tage später wurde die israelische Reaktion auf den Terror in Print- und Onlinemedien nahezu einhellig verurteilt und Israel der Unverhältnismäßigkeit bezichtigt – ein Vorwurf, der schon in der medialen Berichterstattung zur Zweiten Intifada weit verbreitet war.

Auch in der Gegenüberstellung von Opferzahlen scheint der Vorwurf solcher Unverhältnismäßigkeit immer wieder durch. Formulierungen, wie die folgende von Spiegel Online, finden sich häufig: „Seit Beginn des Jahres kamen 25 Menschen bei Anschlägen von Palästinensern ums Leben. Im gleichen Zeitraum wurden 163 Palästinenser bei gewaltsamen Zusam-

menstößen, israelischen Militäreinsätzen oder bei eigenen Anschlägen getötet.“ Unklar bleibt, wer für die Toten auf der palästinensischen Seite verantwortlich ist. Klar scheint nur: Die palästinensische Seite hat eine vielfache Anzahl an Opfern zu beklagen. Durch die ausschließliche Nennung des israelischen Militärs, wird dessen vorrangige Verantwortung für die hohen Opferzahlen zumindest nahegelegt. Ein generelles Problem derartiger Gegenüberstellungen besteht darüber hinaus in der fehlenden Differenzierung zwischen Kombattant:innen, Attentäter:innen und zivilen Opfern: Der Informationswert ist damit prinzipiell gering. Zudem wird auf die Tatsache, dass die Terrororganisation Hamas die palästinensische Zivilbevölkerung als menschlichen Schutzschild nutzt, während das israelische Militär versucht, zivile Opfer auf eigener und palästinensischer Seite zu minimieren, in diesem Zusammenhang nur äußerst selten hingewiesen.

Auffällig ist des Weiteren die häufige Angabe des Alters bei palästinensischen Opfern, insbesondere wenn diese jung sind. Denn das Alter israelischer Opfer wird im Gegensatz dazu nur sehr selten angegeben. Ob die jungen palästinensischen Opfer selbst an Kampfhandlungen oder Attentaten beteiligt waren, was immer wieder vorkommt, wird in den Artikeln nur in Einzelfällen erwähnt. Und dies obwohl bekannt ist, dass die Terrororganisationen Hamas und Islamischer Dschihad bereits Kinder in militärischen Sommerlagern indoktrinieren und ausbilden. An die häufige Betonung des jungen Alters der Opfer kann das antisemitische Narrativ vom „Kindermörder Israel“ mühelos anknüpfen, das auf dem jahrhundertealten antijudaistischen Topos von „jüdischen Ritualmorden“ beruht.

Ein weiterer problematischer Aspekt der Israelberichterstattung, der immer wieder zu finden ist, sind irreführende Überschriften, die die Kausalität der Ereignisse verkehren. So heißt es etwa in der Über-

schrift eines Artikels aus der Frankfurter Rundschau (FR): „Israel greift Hisbollah im Libanon an“. Die Reaktion der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) auf den vorherigen Raketenbeschuss durch die Hisbollah wird so in einen israelischen Angriff verkehrt. Über die tatsächliche Ereignisabfolge klärt der Artikel erst später auf. Wer nur Überschriften überfliegt, was Onlinemedien und Social Media potenziell noch begünstigen, hält Israel hier – entgegen der Tatsachen – für den Aggressor.

Die Darstellung Israels als Aggressor und Unterdrücker ist generell häufig anzutreffen: Die Schuld am israelisch-palästinensischen Konflikt, so wird suggeriert, trage ausschließlich der jüdische Staat. Wenn der israelischen Seite nicht die Alleinschuld zugeschrieben wird, so doch oft zumindest der bedeutende Teil. Selbst für das Handeln von Palästinenser:innen wird Israel wiederholt verantwortlich gemacht und jenen damit ihre Handlungsmacht abgesprochen. Folgt man der Argumentation bestimmter Artikel, scheinen Palästinenser:innen keine handlungsfähigen Subjekte zu sein, so die rassistische Suggestion.

Bisweilen kommt es auch zu passivischen, relativierenden Formulierungen, wie in der folgenden Überschrift: „Auto fährt in Menschenmenge“ (tagesschau.de). Dass das Auto nicht von selbst gefahren ist, sondern aktiv gefahren wurde und der Fahrer außerdem Passant:innen mit einer Stichwaffe angegriffen hat, bildet die Überschrift nicht ab und relativiert damit den Anschlagscharakter. Derartige Verharmlosungen von Gewalt palästinensischer Terrorist:innen oder Kombattant:innen sind häufig zu finden. So werden jene etwa als „Widerstandskämpfer“ (Spiegel Online) oder „bewaffnete Anwohner“ (tagesschau.de) bezeichnet. Häufig ist auch schlicht von „Kämpfern“ (z. B. Der Tagesspiegel, FAZ), „bewaffneten Palästinensern“ (tagesschau.de) oder „militanten Palästinensern“ (z. B. Neue Zürcher Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Handelsblatt) die Rede. Inhaltlich mögen die zuletzt genannten Formulierungen zwar nicht per se falsch sein, sie sind aber äußerst unpräzise. Insbesondere wenn es sich bei den beschriebenen Akteur:innen um

Mitglieder terroristischer Organisationen handelt, zeichnen sie allerdings ein terror- und gewaltrelativierendes Bild.

Zugleich werden Teile der israelischen Regierung sowie der Siedlerbewegung mit der rassistischen, antisemitischen und paramilitärischen Terrororganisation Klu-Klux-Klan verglichen (z. B. Der Spiegel, FR, taz), die für tausende Morde verantwortlich ist – eine mindestens schiefe Analogie. Bei der Beschreibung israelischer Gewalt kommt es außerdem immer wieder zu generischen Referenzen. Dann scheint es nicht die israelische Armee zu sein, die eine Razzia in Dschenin durchführte, sondern „Israel“ oder „die Israelis“. Militärische Reaktionen auf Raketenangriffe und Terroranschläge werden häufig als Akte von „Rache“ und „Vergeltung“ bezeichnet. In Einzelfällen, wie etwa in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), wird in diesem Kontext auch die Phrase „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ bemüht. Nicht bloß wird ihre theologische Bedeutung – nämlich die Einführung des Rechtsprinzips der Verhältnismäßigkeit – dabei in der Regel missinterpretiert, mehr noch kann das klassische antisemitische Stereotyp „jüdischer Rachsucht“ an diese Formel anknüpfen. Dies gilt auch für Begriffe wie „Blutrache“ (SZ) und „Rachegeplüste“ (Die Welt).

Eine sehr häufig verwendete Formulierung ist die Metapher der „Gewaltspirale“ bzw. der „Spirale der Gewalt“ (z. B. FAZ, Zeit Online, ZDF heute) – wahlweise auch als „Eskalationsspirale“ (WAZ, taz), „Gewaltkarussell“ (FR), „Teufelskreis“ (WAZ) oder gar „Todesspirale“ (Kreiszeitung) bezeichnet, die sich im Nahen Osten immer schneller oder weiterdrehe. Dieses Bild impliziert eine Äquidistanz, nach der beide Konfliktparteien gleichermaßen schuldig seien. In diesem Sinne werden Verlautbarungen der israelischen Streitkräfte und der Hamas häufig gleichberechtigt angeführt – und die demokratisch gewählte Regierung eines bürgerlichen Staates somit implizit mit islamistischen Terrororganisationen auf eine Stufe gestellt. Im Falle des angeblichen israelischen Angriffs auf ein Krankenhaus in Gaza wurden Behauptungen der Hamas von zahlreichen Nachrichtenportalen ungeprüft übernommen. Erst Stunden bzw. Tage

später wurde die Falschberichterstattung eingeräumt.

Interessant ist auch, auf welche historischen Sachverhalte in der Berichterstattung nur äußerst selten eingegangen wird: So ist es etwa üblich zu betonen, dass Israel das Westjordanland seit 1967 besetzte und den Gazastreifen von 1967 bis 2005 besetzt gehalten habe. Dass die Gebiete schon zuvor besetzt waren – und zwar von Ägypten und Jordanien – wird in der Regel nicht erwähnt.

Bezüglich der Verteilung zitierter Stimmen in den bisher untersuchten Artikeln ist auffällig, dass insbesondere „israelkritische“ oder antizionistische Jüdinnen:Juden oder Israelis zitiert werden. Und zwar nicht nur dann, wenn israelische Politik kritisiert wird, sondern ebenso, wenn Kritik an Antisemitismus entkräftet werden soll. Auch andere Strategien der Abwehr von Antisemitismuskritik finden sich bisweilen: Antisemitismuskritische Stimmen werden delegitimiert, man stilisiert sich oder andere zu Opfern angeblich unberechtigter „Antisemitismusvorwürfe“ (z. B. taz) oder imaginiert ein vermeintliches Tabu, Israel zu kritisieren. Dabei wird kaum ein Land so häufig kritisiert wie Israel und die Existenz eines Kritiktabus schon allein dadurch widerlegt, dass Behauptungen wie diese regelmäßig in großen Zeitungen erscheinen können.

Die Fülle an problematischen Aspekten, die wir hier kurz angeschnitten haben, macht deutlich, dass weitere Forschung zu diesen Phänomenen dringend nötig ist. Wir planen deshalb, im kommenden Jahr eine repräsentative Studie zur Israelberichterstattung in deutschen Print- und Onlinemedien durchzuführen, die auch Aussagen über die Häufigkeit der Phänomene zulässt. Auf der Grundlage der Ergebnisse beider Studien sollen schließlich Bildungs- und Reflexionsveranstaltungen für Journalist:innen und Multiplikator:innen im Medienbereich angeboten werden, in denen diese sensibilisiert und für den kritischen Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus geschult werden.

Jonas Hessenauer, Lukas Uwira
Tikvah Institut, Berlin

Die DIG vor Ort

Augsburg-Schwaben e.V.
vorstand@dig-augsburg.de

Baden-Baden
baden-baden@digev.de

Bamberg
bamberg@digev.de

Bayreuth-Oberfranken
bayreuth-oberfranken@digev.de

Berlin und Brandenburg e.V.
schalom@digberlin.de

Bielefeld
bielefeld@digev.de

Bodensee-Region
bodensee-region@digev.de

Bonn
bonn@digev.de

Braunschweig
braunschweig@digev.de

Bremen/Unterweser e.V.
schalom@dig-bremen.de

Buxtehude
buxtehude@digev.de

Chemnitz
chemnitz@digev.de

Cottbus
cottbus@digev.de

Darmstadt
darmstadt@digev.de

Dresden
dresden@digev.de

Duisburg-Mülheim-Oberhausen
duisburg@digev.de

Düsseldorf
duesseldorf@digev.de

Erfurt
erfurt@digev.de

Frankfurt am Main
frankfurt@digev.de

Freiburg
freiburg@digev.de

Giessen
giessen@digev.de

Halle-Umland
halle@digev.de

Hamburg
hamburg@digev.de

Hannover
hannover@digev.de

Heidenheim
heidenheim@digev.de

Heilbronn
heilbronn@digev.de

Kaiserslautern
kaiserslautern@digev.de

Kassel
kassel@digev.de

Köln
koeln@digev.de

Leipzig
leipzig@digev.de

Magdeburg
magdeburg@digev.de

Mainz
mainz@digev.de

Memmingen/Kempton-Allgäu
memmingen@digev.de

München
muenchen@digev.de

Münster
muenster@digev.de

Nordhausen
nordhausen@digev.de

Nürnberg-Mittelfranken
nuernberg@digev.de

Oldenburg
oldenburg@digev.de

Osnabrück
osnabrueck@digev.de

Ostfriesland
ostfriesland@digev.de

Potsdam
potsdam@digev.de

Regensburg-Oberpfalz
regensburg-oberpfalz@digev.de

Rhein-Neckar/Mannheim
rhein-neckar@digev.de

Saar
saar@digev.de

Schleswig-Holstein
schleswig-holstein@digev.de

Schwerin
schwerin@digev.de

Speyer-Pfalz
speyer-pfalz@digev.de

Region Stuttgart e.V.
info@dig-stuttgart.net

Trier
trier@digev.de

Ulm / Neu-Ulm
ulm@digev.de

Weimar
weimar@digev.de

Westmünsterland
westmuensterland@digev.de

Wiesbaden
wiesbaden@digev.de

Witten
witten@digev.de

Würzburg
wuerzburg@digev.de

Junges Forum
jufo@digev.de



Social-Media-Kanäle

DIG

- @DIG – Deutsch-Israelische Gesellschaft
- @DIGeV_de
- @digev_de
- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.

Junges Forum

- @JuFoDIGeV
- @JuFoDIG
- @JuFoDIG

DIG-Bundesgeschäftsstelle

Bärbel Metz
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
Fax +49 (0)30 80 90 70-31
info@digev.de | www.digev.de

SOLIDARITÄT MIT ISRAEL

Spenden Sie hier:

Jüdischer Nationalfonds e.V.
www.jnf-kkl.de/spende/soforthilfe-suedisrael/

Keren Hayesod e.V.
www.keren-hayesod.de/spenden-helfen/

Magen David Adom
www.mdais.org/en/donation



www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/DIG/Mitglied-werden